

DOI: 10.5771/1866-377X-2024-3-141

Antifeministische Netzwerke in Europa: Akteure, Mechanismen und Gegenstrategien

– Bericht über Kooperationsveranstaltung des Deutschen Juristinnenbundes e.V. (djb) mit dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments und der Vertretung der Europäischen Kommission am 23.09.2024 in Berlin

Silja Amberger

Jurastudentin in München und Praktikantin in der djb-Geschäftsstelle, Berlin

„Räume zurückerobern“ – ein Auftrag, der vielversprechend und herausfordernd zugleich klingt: Antifeministische Netzwerke versuchen seit einigen Jahren gezielt und systematisch, die Gleichberechtigung der Geschlechter in Frage zu stellen und Rechte von Frauen einzuschränken. Diese Entwicklung gab Anlass für die Kooperationsveranstaltung des Deutschen Juristinnenbundes e.V. (djb) mit dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments und der Vertretung der Europäischen Kommission, welche am 23.09.2024 im Europäischen Haus in Berlin stattfand. Es nahmen 170 Personen in Präsenz und mehr als 150 Personen via Live-Stream an der Veranstaltung teil. In einem moderierten Gespräch mit anschließender Podiumsdiskussion beleuchteten Dr. *Katarina Barley*, *Judith Rahner*, *Josephine Ballon* und Dr. *Roya Sangi* den Einfluss antifeministischer Netzwerke unter unterschiedlichen rechtlichen Gesichtspunkten und setzten sich mit Ansätzen zum Umgang mit Antifeminismus auseinander. Die Veranstaltung nahm rechtliche und rechtspolitische Instrumente in den Blick, mit denen antifeministische Netzwerke Einfluss auf den europäischen Diskurs, die Rechtsetzung und die Rechtsprechung nehmen. Im Fokus der Diskussion stand dabei vor allem der Umgang mit Hasskriminalität im Internet.

Eröffnung durch Barbara Gessler, Vertreterin der Europäischen Kommission in Berlin

Barbara Gessler, Vertreterin der Europäischen Kommission in Berlin und erste Frau in dieser Position, eröffnete die Veranstaltung. In ihrer Begrüßung ging sie vor allem auf die Erwartungshaltung an die designierte EU-Kommission hinsichtlich europäischer Gleichstellungsarbeit ein. Diese wolle, unter der Leitung von *Ursula von der Leyen*, die sogenannte „Women’s Rights“-Roadmap bis zum Internationalen Frauentag 2025 fertigstellen. *Gessler* erkannte dabei das ambitionierte Ziel an und lobte *von der Leyens* bisherige Bemühungen im Bereich der Frauenrechte. *Ursula von der Leyen* habe bereits einen klaren Fokus auf dieses Thema gelegt und setze sich kontinuierlich für die Rechte der Frauen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen ein. Die neue Kommissarin werde die Aufgabe haben, die Grundlagen, die in Sachen Gleichstellung und Gender-Equality geschaffen wurden, auszubauen und konkrete Maßnahmen umzusetzen. *Gessler* betonte, dass diese solide Basis im

Kampf gegen Diskriminierung aber auch weiterentwickelt werden müsse. Es sei von entscheidender Bedeutung, bestehende Ziele, wie die Richtlinie zur Work-Life-Balance, die Care-Strategie und die Förderung von Frauen in Führungspositionen, in der Umsetzung zu

stärken. Sie warnte zudem vor dem Aufstieg von Parteien, die weniger gleichstellungsorientiert seien und appellierte dabei auch vor allem an die junge Generation.

Die Veranstaltung solle aber die gefährlichen Tendenzen thematisieren, mit denen Frauen zum Schweigen gebracht werden. Es sei entscheidend, diese Problematik stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Daher sei nicht nur die Politik, sondern auch die Gesetzgebung und Rechtsprechung gefragt. Juristinnen seien besonders gefordert, um notwendige rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen und durchzusetzen. In diesem Kontext dankte *Barbara Gessler* für die Zusammenarbeit mit dem djb und äußerte die Hoffnung auf zukünftige Kooperationsveranstaltungen. Das Europäische Haus stehe dafür weiterhin offen.

Begrüßung durch Verena Haisch, djb-Vizepräsidentin

„Ein alter weiser Fisch trifft auf zwei junge Fische und fragt sie, wie sie denn das Wasser finden. Darauf antworten diese: Was zum Teufel ist Wasser?“ Diese Metapher über die Selbstverständlichkeit von Gegebenheiten soll verdeutlichen, dass für viele Frauen in Europa Gleichstellung genauso selbstverständlich geworden ist wie das Wasser für die Fische. *Verena Haisch* betonte in ihrer Begrüßungsrede, dass auch sie Europa und die erreichte Gleichstellung lange als zu selbstverständlich angesehen habe. Jedoch stehe das Thema der Veranstaltung im Zeichen einer Warnung: Antifeministische Netzwerke seien ein Warnsignal für die vermeintliche Selbstverständlichkeit der Gleichstellung. *Haisch* hob die Dringlichkeit hervor, über dieses Phänomen zu sprechen und es zu bekämpfen. Der djb werde als Vorreiter gegen diese Netzwerke agieren, nicht nur durch Veranstaltungen, sondern auch



▲ Barbara Gessler, Foto: David Lind



▲ Verena Haisch, Foto: David Lind

Verena Haisch betonte, dass sie als Anwältin trotz negativer Erfahrungen sich nicht davon abhalten lasse, weiterhin für Gleichstellung zu kämpfen. Der djb werde wie „alte weise Fische“ dafür sorgen, dass auf das „vergiftete Wasser“ aufmerksam gemacht wird.

Einführung durch Justine Batura, stellv. Vorsitzende der djb-Kommission für Europa- und Völkerrecht

Als stellvertretende Vorsitzende der Kommission für Europa- und Völkerrecht gab Justine Batura eine kurze Einführung in die komplexe Thematik des Antifeminismus, die Akteure und Mechanismen, die dahinterstecken und zeigte auf, warum Antifeminismus schon lange ein Thema des djb ist, und auch in Zukunft sein wird. Schon 2021 habe der djb mit der Kampagne „Gleichstellung & Demokratie“ auf den Zusammenhang zwischen Demokratiegefährdungen und der Beschneidung von Frauenrechten hingewiesen. Der Kampf gegen antifeministische Bewegungen sei daher ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit des djb, der auch in zahlreichen Veröffentlichungen immer wieder auf die Gefahren von Antifeminismus und Rechtsextremismus hinweise. Bei maskulinistischen Netzwerken bestehe laut der Leipziger Autoritarismusstudie von 2020 ein deutlicher Zusammenhang zwischen Antifeminismus und Rechtsextremismus. „Wer rechtsextrem ist, neigt zum Antifeminismus, und wer antifeministisch ist, neigt zum Rechtsextremismus“, so die Studie. Batura betonte, dass diese Verbindung besonders be-



▲ Justine Batura, Foto: David Lind

durch die Arbeit in den Kommissionen. Themen wie die Abschaffung des § 218 StGB oder das Gewalthilfegesetz seien eng mit der Problematik des Antifeminismus verbunden und erfordern ein klares Engagement – nicht nur von Verbänden, sondern auch von jede*r Einzelnen.

unruhigend sei, da die misogynen Seite des Rechtsrucks oft vernachlässigt werde. Antifeministische und rechtsstaatsfeindliche Bestrebungen verstärken sich gegenseitig. Insbesondere das Narrativ einer „Gender-Diktatur“ werde instrumentalisiert,

um gegen Demokratie und Menschen mit Migrationsgeschichte zu mobilisieren. Antifeministische Netzwerke nutzten rechtliche und rechtspolitische Instrumente, um sich Einfluss zu verschaffen, etwa durch missbräuchliche Klagen oder strategische Lobbyarbeit. Ziel der Veranstaltung sei es, diese rechtlichen Aspekte zu untersuchen und rechtliche Handlungsansätze zu entwickeln.

Vorstellung des Panels

Moderiert von Lucy Chebout diskutierten die Panelistinnen Judith Rahner, Josephine Ballon, Dr. Roya Sangi und Dr. Katarina Barley.

Judith Rahner ist seit August 2024 Leiterin der Geschäftsstelle des Deutschen Frauenrats, der größten frauen- und gleichstellungspolitischen Interessensvertretung Deutschlands. Zuvor leitete sie die Fachstelle für Gender, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung. Seit Jahren beschäftigt sie sich intensiv mit der Bekämpfung von Sexismus, Geschlechterungleichheit und Antifeminismus und hat unter anderem zum Thema antifeministische Netzwerke publiziert.

Josephine Ballon ist Rechtsanwältin und seit 2019 bei der gemeinnützigen Organisation HateAid, seit 2023 dort Geschäftsführerin. Durch ihre Arbeit unterstützt sie nicht nur Opfer von digitaler Gewalt, sondern setzt sich auch für die Verbesserung der Rahmenbedingungen ein. Sie ist gefragt als Sachverständige u.a. im Rechtsausschuss und im Ausschuss für digitale Agenda des Deutschen Bundestages, sowie im Europäischen Parlament zu Fragen der Strafverfolgung von Hasskriminalität im Internet, geschlechtsspezifischer digitaler Gewalt und zur Plattformregulierung.

Dr. Roya Sangi ist seit 2017 Rechtsanwältin in der Kanzlei Redeker Sellner Dahs in Berlin und als solche mehrfach ausgezeichnet. 2021–2023 war sie Mitglied der „Expert Group against Strategic Lawsuits Against Public Participation“ (kurz: SLAPP) der Europäischen Kommission, die diese mit Blick auf den Entwurf der Anti-SLAPP-Richtlinie beraten hat.

Dr. Katarina Barley ist SPD-Politikerin und seit 2019 Vizepräsidentin im Europäischen Parlament. Zuvor war sie Bundesjustizministerin sowie Bundesfamilienministerin. Dr. Katarina Barley ist bekannt und anerkannt für ihr konsequentes Eintreten für demokratische Werte und Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und europäischer Ebene. Von ihr ging der Impuls für diese Veranstaltung aus.

Impulsvorträge der Panelistinnen

Die Moderatorin der Veranstaltung, Rechtsanwältin und djb-Vizepräsidentin Lucy Chebout, gab den Panelistinnen jeweils eine erste Leitfrage an die Hand, um in Form einer kurzen Impulsrede ihre Erfahrungen und Erkenntnisse rund um das Thema Antifeminismus mit dem Publikum teilen zu können. „Der Antifeminismus ist genauso alt wie der Feminismus.“ Mit dieser Feststellung eröffnete Judith Rahner die Runde. Das Phänomen Antifeminismus sei die historische und kontinuierliche Reaktion auf feministische Bewegungen, auf Aktion

folge Reaktion. Sie wies darauf hin, dass Begriffe wie „Genderideologie“ bereits in den 1980er Jahren genutzt wurden, um die Rechte von Frauen und marginalisierten Gruppen zu diskreditieren. Der Begriff stammt ursprünglich aus dem Vatikan, wobei ein mächtiger Akteur des institutionellen Antifeminismus benannt sei. Man müsse sich bewusst werden, dass vor allem der institutionelle Antifeminismus in vielerlei Hinsicht laut und stark sei. Antifeministische Bewegungen passen sich flexibel an lokale Gegebenheiten an und nutzen sensible und kritische Themen wie Sexualerziehung, reproduktive Rechte oder den demographischen Wandel, um ihre Ziele zu erreichen. *Rahner* betonte, dass diese Bewegungen oft mit antidemokratischen Kräften verbunden sind und vor allem traditionelle Hierarchien und Familienbilder wiederherstellen wollen, wobei sie durch Milliarden an Finanzmitteln unterstützt werden.

Josephine Ballon ging zunächst auf die Arbeit von HateAid ein, die sich auf den Schutz und die Unterstützung von Opfern digitaler Gewalt spezialisiert hat. Aus ihrer Praxiserfahrung in der Beratung stellt sie fest, dass, obwohl die Gesamtverteilung von digitaler Gewalt relativ ausgeglichen zwischen den Geschlechtern ist, Frauen besonders häufig von sexualisiertem und strafrechtlich relevantem Vorgehen betroffen sind. Alarmierend sei daher die Schwere der Bedrohungen, die oft auf den Körper und die Sexualität abzielen und auf eine gezielte Silencing-Strategie hinauslaufen. Akteure im digitalen Raum seien allerdings schwer zu identifizieren, oft agierten Einzelpersonen oder rechte Netzwerke, die mithilfe von Algorithmen ihre Botschaften im Netz schnell und effektiv verbreiten können. *Ballon* hob hervor, dass die Gesetzgebung der rasanten technischen Entwicklung hinterherhinkt, insbesondere im Bereich der KI-basierten Bildmanipulation und der Verbreitung von Missbrauchsmaterial.

Dr. *Roya Sangi* sprach über Strategische Klagen, die darauf abzielen, kritische Stimmen in politischen Debatten zum Schweigen zu bringen. Diese Klagen dienen oft dazu, Einzelpersonen oder Organisationen, die sich entschieden haben, laut zu werden, durch die finanziellen oder psychologischen Belastungen der Klagen abzuschrecken. In Deutschland gäbe es noch wenig Erfahrung mit solchen Klagen, dies sei *Sangi* auch erst durch ihre Arbeit für die Kommission bewusst geworden. Betroffene würden oft bereits durch die Aussicht auf langwierige und kostspielige Gerichtsverfahren eingeschüchtert, was die öffentliche Meinungsbildung erschwere. Die Rechtsanwältin machte deutlich, dass SLAPPs gezielt gegen zivilgesellschaftliche Akteure und Journalist*innen eingesetzt werden, um eine kritische Auseinandersetzung mit einflussreichen Mächten zu unterbinden.

Dr. *Katarina Barley* berichtete, dass sie zu Beginn ihrer politischen Arbeit im EU-Parlament 2019 die Größe und Intensität antifeministischer Netzwerke noch unterschätzt habe. Diese Netzwerke seien global organisiert und verfolgten das Vorhaben, Frauen in ihre traditionellen Rollen zurückzudrängen. Ein höheres Ziel sei aber, die Kontrolle von Kirche und Familie über staatliche Institutionen zu gewinnen. Sie warnte, dass man „sich bewusst werden müsse, was das für Gegner sind“ und

auf welche Mittel diese zurückgreifen können. Ein Beispiel aus Ihrer Erfahrung im EU-Parlament war die Umsetzung des Matic Report, der trotz massiver externer Gegenkampagnen von eben solchen Netzwerken nur knapp durchgesetzt werden konnte. *Barley* betonte, dass dies in der neuen Legislaturperiode sicherlich nicht mehr möglich sei. Die Lage auf europäischer Ebene werde zunehmend dramatisch, da rechtspopulistische Parteien immer stärker im EU-Parlament vertreten sind und an Selbstbewusstsein zulegen.

Podiumsdiskussion

In der Diskussion wurde der Fokus auf die verschiedenen Herausforderungen von Hasskriminalität und sexualisierter digitaler Gewalt im Internet gelegt. Einer der diskutierten Punkte war die mangelnde Kontrolle über Algorithmen und deren Funktionsweise. Extreme Inhalte seien für die Plattformen von besonderem Interesse, weswegen andere Inhalte mit der Art von Extremismus nicht mithalten könnten und verschwänden. Dieses Geschäftsmodell sei zu hinterfragen und alternative Modelle, die sicher und gewinnbringend zugleich sind, seien zu diskutieren. Aber auch Desinformationen, insbesondere im politischen und gesellschaftlichen Kontext, wurden als eine große Bedrohung identifiziert. Deepfakes und Fake News unterminieren zunehmend das Vertrauen in demokratische Prozesse und Institutionen. Die Gesetzgebung sowie die Rechtsdurchsetzung wurden in diesem Zusammenhang als zu langsam und reaktiv kritisiert. Es dauere oft zu lange, bis Maßnahmen ergriffen werden, wodurch bereits Schäden entstehen, bevor Gesetze greifen können. Schnelle und proaktive rechtliche Maßnahmen wurden gefordert, um diese Gefahren effektiver zu bekämpfen. Eine engere Zusammenarbeit zwischen Politik, Justiz und zivilgesellschaftlichen Akteuren sei daher essenziell, um den digitalen Raum sicherer und gerechter zu gestalten. Ein weiteres Thema war der Vertrauensverlust in die Rechtsdurchsetzung, insbesondere bei Frauen, die aufgrund gesellschaftlicher oder patriarchaler Strukturen davon abgehalten werden, Gerechtigkeit zu suchen. Dies führt zum sogenannten „Silencing-Effekt“, bei dem Betroffene ihre Stimme nicht erheben, aus Angst vor Anfeindungen oder mangelnder Unterstützung. Mut und Kreativität in der Schaffung neuer Räume für öffentliche Debatten wurden als wichtige Aspekte hervorgehoben. Ein Beispiel würden in dieser Hinsicht die „Omas gegen rechts“ statuieren, die sich unerschrocken auf Plattformen wie TikTok engagieren und zeigen, wie man die digitale Öffentlichkeit nutzen kann, um gesellschaftliche Themen und Visionen zu verbreiten. Die Diskussion zeigte die Notwendigkeit auf, sich nicht nur auf den Widerstand gegen negative Entwicklungen zu konzentrieren, sondern auch aktiv feministische Visionen zu verbreiten. Besonders rechtsextreme Akteure würden es schaffen, die Emotionen der Menschen zu adressieren, die oft geprägt sind von Kontrollverlust, der in so vielen Bereichen die Oberhand ergreift. Auch dahingehend müsse man aktiver agieren. Zusammenfassend wurde deutlich, dass sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Gesellschaft Mut und proaktive Maßnahmen erforderlich sind, um den Herausforderungen des Antifeminismus zu begegnen.

Persönliche Handlungsstrategien und Abschlussworte der Panelistinnen

Dr. *Katarina Barley* betonte die Bedeutung des Zusammenhalts und der konstruktiven Diskussion, auch wenn es unterschiedliche Meinungen zu bestimmten Themen gibt. Sie appellierte, sich nicht von Meinungsverschiedenheiten spalten zu lassen, sondern weiterzumachen. Besonders wichtig sei es, dass Feminist*innen im Dialog bleiben und gemeinsam voranschreiten. Sie zitierte den beeindruckenden Satz von *Gisèle Pelicot* „Die Scham muss die Seiten wechseln“ als Aufruf, dass auch nur diejenigen, die Ungerechtigkeiten verursachen, zur Verantwortung gezogen werden müssen. Dr. *Roya Sangi* stellte die Bedeutung einer unabhängigen Justiz zur Wahrung von Grundrechten in den Mittelpunkt. Sie forderte die Anwesenden auf, sich aktiv zu engagieren. Besonders wichtig sei es, Veranstaltungen wie diese auch in ostdeutschen Bundesländern durchzuführen, wo rechtspopulistische Stimmen besonders laut seien. Der Kampf des Feminismus gehe weit über Frauenrechte hinaus, es gehe darum, Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft zu stärken. Sie ermutigte die Frauen, laut und stark zu sein, um Einfluss zu gewinnen. *Josephine Ballon* bedankte sich zunächst bei Dr. *Katarina Barley* für ihren unermüdlichen Einsatz für Frauenrechte und die Verteidigung des Rechtsstaats, denn es brauche Mut und Ausdauer, einen solchen Kampf zu führen. Sie betonte

zudem, dass bessere Lösungen im Umgang mit Hasskriminalität im Internet notwendig seien als die, die gerade vorlägen. Jene, die auch in Zukunft Teil der Meinungsbildung im Internet sein wollen, müssten sich dafür stark machen. *Judith Rahner* warnte schließlich vor einem schleichenden antifeministischen Backlash. Es sei an der Zeit, patriarchale Überbleibsel wie das Ehegattensplitting und den § 218 StGB loszuwerden. Außerdem betonte sie, dass Themen und Worte aus dem politischen Raum verschwinden, wenn Parteien sich nicht mehr trauen, diese zu benennen. Daher der Aufruf, „berührbar“ zu bleiben und sich in feministischer Gesellschaft zu vernetzen.

Die Abschlussworte waren ein eindringlicher Aufruf zu weiterem Engagement und Zusammenhalt in der feministischen Bewegung und ein Aufruf, neue und alte Räume (wieder) mit feministischen Visionen zu besetzen. Die Veranstaltung machte deutlich, wie dringend Handlungsbedarf im Umgang mit Antifeminismus besteht und welche weitreichenden Strukturen dahinterstecken. Für viele Besucher*innen war die Relevanz der Bedrohung durch Antifeminismus neu und teilweise erschreckend. Doch die Beiträge der Panelistinnen boten auch Hoffnung und Motivation, da sie zeigten, dass es konkrete Strategien gibt, um dem Phänomen entgegenzutreten. Die Botschaft war klar: Es lohnt sich, weiter für Gleichberechtigung und gegen Antifeminismus zu kämpfen.



▲ V.l.n.r.: Justine Batura, Barbara Gessler, Judith Rahner, Verena Haisch, Josephine Ballon, Dr. Roya Sangi, Dr. Katarina Barley und Lucy Chebout.